



# Rote Woche

Ausgabe 17/2014

Neuigkeiten der SPD-Bundestagsabgeordneten Saskia Esken  
aus dem Wahlkreis Calw/Freudenstadt und aus Berlin

*Liebe Genossinnen und Genossen,  
Liebe Freunde,*

die parlamentarische Sommerpause in Berlin hat begonnen. Doch für mich heißt das nicht Füße hochlegen und Däumchen drehen. Mein Sommerurlaub steht erst im August an. Derzeit nutze ich die Zeit daheim im Nordschwarzwald, um Termine im Wahlkreis wahrzunehmen und mich in persönlichen Gesprächen über Projekte und Vorhaben zu informieren.

## Delegiertenversammlung des IG Metall-Bezirks FDS

Bei einer Delegiertenversammlung meines IG Metall-Bezirks Freudenstadt habe ich mit einer kleinen Bilanz über die bisherige Arbeit der großen Koalition in Berlin berichtet. Mein Schwerpunkt lag dabei insbesondere auf dem Gesetz zur Leistungsverbesserung in der Rentenversicherung, der „Rente nach 45 Beitragsjahren“. Außerdem habe ich den großartigen Erfolg der SPD bei der Umsetzung des flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns ab dem 1.1.2015 noch einmal dargelegt und über die Übergangsregelungen für bestehende Tarifverträge und für Zeitungszusteller, aber auch über die schmerzlichen Ausnahmen für Jugendliche und für langzeitarbeitslose Menschen informiert.

Auf besonderes Interesse stieß bei den Delegierten des Bezirks eine Nebenbemerkung zur Ausfuhrkontrolle bei Rüstungsgütern. Die SPD und ihr Wirtschaftsminister und Vizekanzler, Sigmar Gabriel, wollen in der Zukunft eine sowohl transparentere als auch schärfere Kontrolle bei den Rüstungsexporten insbesondere in Krisengebiete und an Staaten, die diese Güter gegen die eigene Bevölkerung einsetzen. Dennoch ist es wichtig, und darauf legen die zahlreichen Delegierten aus Betrieben mit wehr- und polizeitechnischer Ausrichtung in unserem Bezirk auch großen Wert, dass bestehende Verträge und Export-Zusagen aus der Vergangenheit auch eingehalten werden, damit die entwicklungsintensiven Betriebe planbare und verlässliche Bedingungen haben.

Die Kolleginnen und Kollegen machen sich angesichts Ankündigung einer künftig restriktiveren Haltung natürlich große Sorgen um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze. Deshalb habe ich mir vorgenommen, zu gegebener Zeit mit den Betriebsräten der betroffenen Betriebe und einem Fachkollegen aus meiner SPD-Bundestagsfraktion dazu ein Gespräch zu führen.



## Besuch des Kommandos Spezialkräfte in Calw

Die Verteidigungsministerin des Bundes, Ursula von der Leyen, hat Anfang dieser Woche das Kommando Spezialkräfte der Bundeswehr in Calw besucht. Ich habe als regionale Bundestagsabgeordnete gemeinsam mit meinem Kollegen, dem PStS Hans-Joachim Fuchtel, an dem Besuch und den in diesem Rahmen durchgeführten und sehr beeindruckenden Übungen der Ausbildungseinheit ebenfalls teilgenommen. Es wurden die Festsetzung von Flüchtenden in einem Fahrzeug aus der Luft sowie eine Geiselbefreiung geübt. Um den Zweck und um die Einsätze des KSK wird ein großes Geheimnis gemacht, und nicht nur im Kreis Calw gibt es deshalb zahlreiche Spekulationen. Das ist auch für die Soldatinnen und Soldaten eine große Belastung. Ich würde mir deshalb wünschen, dass die Politik dieser Einrichtung mit mehr Transparenz und parlamentarischer Kontrolle begegnet und dass das KSK selbst mit einer eigenen Öffentlichkeitsarbeit für eine bessere Integration in der Region sorgt. Ich habe mir deshalb vorgenommen, das KSK einmal gemeinsam mit einem SPD-Fachpolitiker meiner Bundestagsfraktion zu besuchen.

## Vor Ort im Amazon-Logistikzentrum Pforzheim

Medienberichte über den US-amerikanischen Versandhandelsriesen Amazon als Arbeitgeber haben vor einiger Zeit viel Kritik ausgelöst, und nicht wenige lehnen es aus diesen Gründen ab, bei Amazon einzukaufen. Anfang der Woche konnte ich bei einem Besuch des Logistikzentrums der Firma in Pforzheim erfahren, welche Entwicklungen diese Proteste bei Amazon in Deutschland bewirkt haben. Am wichtigsten ist dabei sicher, dass die Interessen der über 1000 Beschäftigten bei Amazon mittlerweile von einem Betriebsrat vertreten werden.

Etwa 60% der Mitarbeiter bei Amazon in Pforzheim sind nun festangestellt. Mittelfristig strebt das Unternehmen eine Stammbeschäftigungsquote von 80% und mehr an. Davon ausgenommen ist die Weihnachtssaison, in der die Belegschaft durch kurzfristig Beschäftigte um 50% erweitert wird. Besondere Programme gibt es für die Beschäftigung von Menschen mit Behinderung und solchen mit psychischen Erkrankungen. Die un- und angelernten Beschäftigten verdienen bei Amazon übrigens mit ca. 9,50 Euro pro Stunde mehr als den demnächst in Kraft tretenden Mindestlohn und durchaus mehr als in der Versandhandelsbranche üblich. Außerdem sind die riesigen Lagerhallen im Norden von Pforzheim mittlerweile vollklimatisiert, wodurch sich die Arbeitsbedingungen natürlich zudem verbessert haben.

Die öffentliche Wahrnehmung und ggf. Kritik an Unternehmen kann also durchaus etwas bewirken, insbesondere wenn eine kritische Kundschaft nicht nur auf gute Qualität von Waren und Service, sondern auch auf soziale und andere Kriterien Wert legt und danach auswählt, wo sie einkauft. Auch das Umweltverhalten oder der Umgang mit persönlichen Daten könnten demnach Ansatzpunkte für eine solche kritische Kundschaft sein.

## Ganztagschule für alle:

### Die Grundschulen machen den Anfang

In enger Abstimmung mit den kommunalen Landesverbänden ist es unserer rot-grünen Landesregierung gelungen, die Ganztagschule als Schulversuch verbindlich im Schulgesetz zu verankern. Dies ist eine wirklich großartige Entwicklung für die Bildungspolitik des Landes.

Wir können sehr stolz auf dieses Konzept sein, da es den Eltern hilft, Beruf und Familie besser zu vereinbaren. Gleichzeitig verbessert die Ganztagschule die Förderung und die pädagogische Betreuung der Schülerinnen und Schüler. Die Schulen können ihr Angebot individuell an die Bedürfnisse vor Ort anpassen. Außerdem werden durch diese Regelung weitere Arbeitsplätze in den Schulen geschaffen.

Das Konzept soll ab Anfang des Schuljahres 2014/2015 gelten. Bis 2023 sollen sich rund 70% der Grundschulen und Grundstufen der Förderschulen am Ganztagschulprogramm beteiligen. Für jedes Kind in Baden-Württemberg soll so die Möglichkeit geschaffen werden, eine Ganztagschule in erreichbarer Entfernung besuchen zu können.

### NSA-Untersuchungsausschuss - eine erste Bilanz

Der Untersuchungsausschuss (UA) zum sogenannten NSA-Skandal kann zum Eintritt der parlamentarischen Sommerpause eine erste Bilanz ziehen: Bisher wurden rund 40 Personen als Zeugen benannt, auch aus den Führungsebenen großer amerikanischer IT- und Internetkonzerne wie Facebook und Google, es wurden über 90 Beweisanträge gefasst und es gab öffentliche Anhörungen, u.a. von Verfassungsrechtlern und ehemaligen NSA-Mitarbeitern.

Mein Kollege Christian Flisek, unser SPD-Sprecher in diesem Ausschuss, leistet hier hervorragende Arbeit und berichtet in der AG Digitale Agenda laufend zum Stand der Untersuchungen.



Als erste konkrete Erkenntnis kann festgehalten werden, dass die Auslandsüberwachung durch unseren Bundesnachrichtendienst (BND) derzeit wohl nicht der Verfassung entspricht und einer Neuregelung bedarf. Wenn wir ausländische Geheimdienste wie die NSA mit unseren Vorstellungen der Rechtsstaatlichkeit beurteilen wollen, dann muss auch unser eigener Dienst diesen Vorstellungen entsprechen.

Natürlich ist die Vernehmung von Edward Snowden nach wie vor ein Schlüsselpunkt in der Aufklärungsarbeit, aber sicher nicht die einzige Erkenntnisquelle. Eine ganz andere Frage ist der mögliche Schutz Edward Snowdens vor US-amerikanischer Strafverfolgung. Ob ein Aufenthalt Snowdens in Deutschland möglich und – auch in seinem Sinne verantwortbar wäre –, das wird auch innerhalb der SPD kontrovers diskutiert. Neueste Einschätzungen weisen darauf hin, dass ein Auslieferungersuchen von einem deutschen Gericht womöglich abgelehnt werden müsste, weil die Vorwürfe einen politischen Hintergrund haben. Was die Aufklärung der Geheimdiensttätigkeiten anbelangt, bin ich jedenfalls sehr gespannt auf die weitere Arbeit des Untersuchungsausschusses und bin mir sicher, dass die SPD mit Christian Flisek die Aufklärungsarbeit akribisch, kritisch und verantwortungsbewusst vorantreiben wird.

## SchülersprecherInnen aus dem Wahlkreis in Berlin

Dreimal pro Jahr darf ich 50 Personen zu einer politischen Bildungsfahrt des Bundespresseamts nach Berlin einladen. Bei meiner ersten „BPA-Fahrt“ waren nun fast 50 SchülersprecherInnen aus den Kreisen Calw und Freudenstadt vier Tage zu Besuch in Berlin.



Die Fahrt beinhaltete zahlreiche Programmpunkte: Unter anderem die Führung durch den Reichstag mit Besichtigung der Kuppel, den Besuch des Stasigefängnisses und eine Bootsfahrt über die Spree. Da die Gruppe am Nachmittag des WM-Finalspiels anreiste, kam natürlich auch der Fußball nicht zu kurz: Gemeinsam schaute man sich das Finale gegen Argentinien an und lernte sich dabei besser kennen. Durch eine kurzfristige Programmumstellung war es dann sogar möglich, dass die Gruppe unsere Nationalelf am Dienstag auf der Fanmeile ge-

bührend empfangen und feiern konnte. Am Mittwoch wurde noch die Ausstellung „The Story Of Berlin“ im Berliner Museum besucht, bevor es mit dem Zug wieder zurück in den Nordschwarzwald ging.



Die Finanzierung und die Organisation solcher BPA-Fahrten liegt beim Bundespresseamt, doch über die Zusammensetzung der jeweiligen BPA-Reisegruppen entscheiden die Abgeordneten selbst. Ziel meiner Einladungen war es in diesem Fall und wird es auch in Zukunft sein, das besondere Engagement einzelner Personen wertzuschätzen und deren Austausch und Vernetzung im Wahlkreis zu unterstützen. Bei den SchülersprecherInnen aus dem Wahlkreis hat das schon mal super geklappt, es ist sogar schon ein Nachtreffen geplant. Nach den WahlkämpferInnen des Bundestagswahlkampfes im Sommer werden im Herbst 2014 ElternvertreterInnen aus dem Wahlkreis gemeinsam nach Berlin reisen – ich freu mich darauf!

Es grüßt Euch herzlich

Eure

Abgeordnetenbüro Berlin

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: 030-227-75205

Wahlkreisbüro

Turmstraße 18

72202 Nagold

Tel.: 07452-929999-1

E-Mail: saskia.esken@bundestag.de